

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden  
Verlags-Gesellschaft: 10 841  
Kass. Nr. 10011  
Schulstraße 1, Dresden - 1, Wartenberg 18/18

Bezugspreis bei halbjährlicher Zahlung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Zustellung), bei vierteljährlicher Zahlung 6.60 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für Zustellung). Einzelhefte 1.50 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Zustellung). Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 mm breite Schrift 25 Pfg., für weitere 20 Pfg., die 20 mm breite Schrift 100 Pfg., für weitere 100 Pfg., die 10 mm breite Schrift 100 Pfg., für weitere 100 Pfg. Offenerwerb 20 Pfg. Rückzahlung gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Kass. Nr. 10011  
Schulstraße 1, Dresden - 1, Wartenberg 18/18

## Streit um die Vaterchaft am Tardieu-Plan

### Befürchtungen in der ungarischen Presse

Berlin, 11. März. (Eig. Drahtm.) Hinter den Kulissen der Donaubündler ist es jetzt zu recht interessanten Zwistigkeiten gekommen. Während man bisher allgemein der Ansicht war, daß der Plan der Donauberklärung allein von Tardieu ausgeht, melden sich nunmehr englische Kreise und erklären, daß Macdonald die Urheberchaft des Donauplanes für sich in Anspruch nehme. Macdonald hätte von Anfang an die ausschlaggebende Beteiligung aller vier interessierten Großmächte einschließlich Deutschlands im Auge gehabt; ebenso selbstverständlich habe sein Plan eine rein wirtschaftliche Bedeutung, und er hätte keinerlei politische Ziele verfolgt.

in der letzten Zeit ein Abdrücken von Deutschland und eine Annäherung an Frankreich und Polen veränderten, wessen darauf hin, daß es der französischen Politik vor allem darauf ankomme, eine Sicherung der Hegemonie in Prag im Donauraum zu schaffen. Dagegen müsse sich Ungarn ganz entschieden wenden, denn es wolle keine Provinz der Tschechoslowakei werden. Von dem politischen Gesichtspunkt abgesehen, hält man den Plan aber auch höchstens für einen Vorbehalt. Mit Recht wird in der Budapester Presse darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Ueberflüsse Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens von der Tschechoslowakei und von Oesterreich nur in geringem Maße aufgenommen werden könnten, daß also folglich die Wirtschaftfrage als solche auch weiterhin ungelöst bleibe. Eine endgültige Lösung ohne Deutschland sei ein Ding der Unmöglichkeit.

### Einkreisung

So haben sich unsere Verhandlungspolitiker wohl kaum die Ergebnisse der wirtschaftlichen und politischen Annäherung an Frankreich vorgestellt! Trotz des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, der munter in Paris tagt, würgt Frankreich Stück um Stück die deutsche Einfluß ab, und bemüht sich außerdem Schritt um Schritt, zielbewußt und erfolgreich um die gesamten europäischen Absatzmärkte Deutschlands. Und das alles mit der Wiedererrichtung der Verhandlung. Welche Ziele Tardieu damit verfolgt, hat sein jüngster Diskurs an die Donau bewiesen, um dort eine klar antideutsche Wirtschaftsvereinbarung unter Frankreichs Führung zu schaffen. Er empfiehlt Oesterreich, Ungarn und der Kleinen Entente den Abschluß einer Zollunion auf dem Weg von Vorkurs kommen. Der Gedanke ist deutlich. Zu der politischen Einkreisung Deutschlands soll die wirtschaftliche kommen. Deutschland, vom Donaubund selbstverständlich ausgeschlossen, soll von dem für seine industrielle Ausdehnung so ungeheuer wichtigen Markt im Südosten abgeriegelt werden. Damit will Tardieu die Möglichkeit von Anhang anerkennen, daß im mitteleuropäischen Wirtschaftsraum aus dem vorwiegend agrarischen Donauraum und dem industriellen Deutschland sich ein geschlossener Wirtschaftsfaktor bildet, der — weils fürchtbarer Gedanke für die französische Vorherrschaft — unter deutscher Führung stehen könnte.

### Chamberlain über die englische Währungspolitik

London, 11. März. Im Unterhaus gab Chamberlain heute die Währungspolitik der englischen Regierung ab. Die Regierung wüßte nicht, so erklärte er, daß das englische Pfund auf eine Höhe liege, die für die Industrie des Landes schädlich werden könne. Es sei ihm unmöglich, sich im gegenwärtigen Augenblick darüber zu äußern, wie der zukünftige Wechselkurs des Pfundes sein werde, und zu welchem Zeitpunkt sich das Pfund stabilisieren lasse. Er möchte keinen dogmatischen Standpunkt in der Frage einnehmen, ob England am Gold festhalten oder das Gold mit einem anderen Metall als Austauschmittel mischen solle. Er selbst sehe keine bessere Grundlage als das Gold, das England in der Vergangenheit sehr gute Dienste erwiesen habe. Auf gewisse Einwände von Sir A. W. Samuel, daß Amerika und Frankreich vom Goldstand abgehen und den Wert des Pfundes im Vergleich zum Dollar beliebig in die Höhe setzen könnten, bezeichnete es Chamberlain als einen groben Fehler, wenn man glaube, daß irgendeine Möglichkeit bestehe, Amerika zum Abgehen vom Goldstand zu bringen. Chamberlain bekräftigte seine Ansicht über die später notwendig werdende Rückkehr des Pfundes zum Goldstand in dem einzelnen damit, daß die Wirtschaftslage des Pfundes infolge der für die Industrie entstandenen Unsicherheit außerordentlich schädlich seien.

### Die Fernost-Entscheidung des Völkerbundes

Genf, 11. März. Der allgemeine Ausschuh der Völkerbundversammlung nahm am Freitagmorgen einstimmig bei Stimmenshaltung des japanischen Vertreters die große Entscheidung an, in der die Regelung des japanisch-sibirischen Streitfalls einem Sonderausschuh aus Vertretern von 19 Mächten übertragen wird. Der Sonderausschuh setzt sich aus dem Präsidenten Hamana mit sämtlichen Ratsmitgliedern außer Japan und China, ferner den Vertretern der sechs namentlich genannten Staaten (Schweiz, Tschechoslowakei, Kolumbien, Portugal, Ungarn und Schweden) zusammen. Der Sonderausschuh wird in der nächsten Woche zusammentreten, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln.

### Ultimatum an die Memelparteien

Memel, 11. März. Die Mehrheitsparteien haben zu morgen vormittag 11 Uhr die Fraktion zusammenzurufen, um zu der durch die Ernennung von Tollissus zum Landesdirektor geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Dieses wurde auch Simmat und dem Gouverneur mitgeteilt, und beide nahmen diese Mitteilung ohne Widerspruch entgegen. Nimmehr hat Herr Simmat den Führern der Mehrheitsparteien ein Ultimatum gestellt und Entscheidung bis Sonnabend vormittag 9 Uhr, also zwei Stunden vor Zusammenritt der Fraktion verlangt, obwohl er genau weiß, daß die auswärtigen Abgeordneten um diese Zeit noch nicht in Memel sein können.

### Auffstand gegen die neue mandchurische Regierung

Moskau, 11. März. Freitag früh haben die chinesischen Truppen in Sachalin (6 Kilometer von Blagoweschensk) gegen die neue mandchurische Regierung gemeutert. Sechs Kompanien mit Maschinengewehren haben den Aufstand eingeleitet. In der Stadt herrscht Anarchie. Chinesische Geschützkegel dringen bis nach der russischen Stadt Blagoweschensk. Der japanische Generalkonsul und die chinesischen Beamten sind mit ihren Familien nach Blagoweschensk geflüchtet und haben die Sowjetregierung um Schutz gebeten. Mehrere Geschäfte in Sachalin, darunter das Gebäude der russischen Handelsvertretung, sind ausgeplündert worden. Der Zollkommissar Großmann wurde von den meuternden Soldaten verprügelt und ist über die Grenze nach Sowjetrußland geflüchtet. Bei den Unruhen sollen zwei Japaner getötet worden sein.

### Kirche und Staat vor dem Staatsgerichtshof

Welpia, 11. März. In der Verfassungskonferenz der evangelisch-lutherischen Landeskirche gegen das Land Sachsen wegen der Staatsleistungen an die Kirche vor dem Staatsgerichtshof zu Leipzig führte Präsident D. Dr. Sechen aus, daß die Kirche keine Bevorzugung, sondern nur ihr Recht wolle. Ministerialdirektor Dr. Boelker erklärte, die Forderungen der Kirche würden teils dem Grunde, teils der Höhe nach bestritten. Durch den Schiedspruch sei eine Verflechtung der Rechtslage eingetreten. Der Staat sah sich an den Spruch nicht mehr gebunden. Nach der Höhe des Kirchensteueranspruchs müsse die Landeskirche in der Lage sein, die Befolgung ihrer Weisungen selbst zu tragen. Hinsichtlich verschiedener Forderungen der Kirche begründete Ministerialdirektor Dr. Bötzig den Standpunkt, daß ein Gewohnheitsrecht nicht vorliege. Geh. Konfistorialrat Rottke widersprach dieser Ansicht.

### Die Fernost-Entscheidung des Völkerbundes

Genf, 11. März. Der allgemeine Ausschuh der Völkerbundversammlung nahm am Freitagmorgen einstimmig bei Stimmenshaltung des japanischen Vertreters die große Entscheidung an, in der die Regelung des japanisch-sibirischen Streitfalls einem Sonderausschuh aus Vertretern von 19 Mächten übertragen wird. Der Sonderausschuh setzt sich aus dem Präsidenten Hamana mit sämtlichen Ratsmitgliedern außer Japan und China, ferner den Vertretern der sechs namentlich genannten Staaten (Schweiz, Tschechoslowakei, Kolumbien, Portugal, Ungarn und Schweden) zusammen. Der Sonderausschuh wird in der nächsten Woche zusammentreten, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln.

### Die Fernost-Entscheidung des Völkerbundes

Genf, 11. März. Der allgemeine Ausschuh der Völkerbundversammlung nahm am Freitagmorgen einstimmig bei Stimmenshaltung des japanischen Vertreters die große Entscheidung an, in der die Regelung des japanisch-sibirischen Streitfalls einem Sonderausschuh aus Vertretern von 19 Mächten übertragen wird. Der Sonderausschuh setzt sich aus dem Präsidenten Hamana mit sämtlichen Ratsmitgliedern außer Japan und China, ferner den Vertretern der sechs namentlich genannten Staaten (Schweiz, Tschechoslowakei, Kolumbien, Portugal, Ungarn und Schweden) zusammen. Der Sonderausschuh wird in der nächsten Woche zusammentreten, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln.

### Die Fernost-Entscheidung des Völkerbundes

Genf, 11. März. Der allgemeine Ausschuh der Völkerbundversammlung nahm am Freitagmorgen einstimmig bei Stimmenshaltung des japanischen Vertreters die große Entscheidung an, in der die Regelung des japanisch-sibirischen Streitfalls einem Sonderausschuh aus Vertretern von 19 Mächten übertragen wird. Der Sonderausschuh setzt sich aus dem Präsidenten Hamana mit sämtlichen Ratsmitgliedern außer Japan und China, ferner den Vertretern der sechs namentlich genannten Staaten (Schweiz, Tschechoslowakei, Kolumbien, Portugal, Ungarn und Schweden) zusammen. Der Sonderausschuh wird in der nächsten Woche zusammentreten, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln.

### Die Fernost-Entscheidung des Völkerbundes

Genf, 11. März. Der allgemeine Ausschuh der Völkerbundversammlung nahm am Freitagmorgen einstimmig bei Stimmenshaltung des japanischen Vertreters die große Entscheidung an, in der die Regelung des japanisch-sibirischen Streitfalls einem Sonderausschuh aus Vertretern von 19 Mächten übertragen wird. Der Sonderausschuh setzt sich aus dem Präsidenten Hamana mit sämtlichen Ratsmitgliedern außer Japan und China, ferner den Vertretern der sechs namentlich genannten Staaten (Schweiz, Tschechoslowakei, Kolumbien, Portugal, Ungarn und Schweden) zusammen. Der Sonderausschuh wird in der nächsten Woche zusammentreten, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln.